

Programm für Beschäftigung und soziale Innovation 2014-2020

Debatte Dienstag, 19.11.2013 ab 15 Uhr, Abstimmung Mittwoch, 20.11.2013 ab 12.30 Uhr

Jutta STEINRUCK MdEP, Büro +33 3 881 77563

Hintergrund: Das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation soll die Beschäftigungs und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten unterstützen. Es handelt sich um ein Teilprogramm des Mehrjährigen Finanzrahmens, das die drei schon bestehenden europäischen Förderprogramme Progress, EURES und Mikrofinanzierung zusammenlegt.

Progress betrifft die Entwicklung und Koordinierung der EU-Politik in den Bereichen Beschäftigung, Armutsbekämpfung, soziale Eingliederung und Sozialschutz. EURES soll die Arbeitnehmermobilität durch Beratung und Vermittlung fördern und Mikrofinanzierung stellt Arbeitslosen und sozialen Unternehmen Kredite zur Verfügung.

EP-Position: Das Europäische Parlament hat eine geschlossene Position. Der Vorschlag der EU-Kommission wurde als sehr unkonkret eingestuft, da er es nicht geschafft hatte, den drei verschiedenen Programmen einen gemeinsamen Rahmen zu geben. In den Trilogverhandlungen konnten viele wichtige Punkte erreicht werden, wie etwa die Zuweisung der Mittel zu klaren Förderprioritäten, die Einbindung der Sozialpartner, ein klarer Fokus auf Armutsbekämpfung, soziale Eingliederung und Beschäftigung sowie die Finanzierung der EURES-Grenzpartnerschaften. Die Kommission hatte ursprünglich vorgeschlagen, die Grenzpartnerschaften für die Beratung mobiler Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Grenzregionen über den ESF zu finanzieren, was verwaltungstechnisch nicht möglich gewesen wäre. Das EP hatte auch vorgeschlagen eine vierte Achse für die Finanzierung von Projekten zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einzuführen.

SPD-Position: Die SPD-Europaabgeordneten unterstützen den im Trilog erarbeiteten Kompromiss. Das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation trägt gerade in Zeiten der Krise in Europa zu mehr sozialer Gerechtigkeit und guter Beschäftigung bei. Vor allem begrüßen die Sozialdemokraten, dass die Finanzierung der EURES-Grenzpartnerschaften auch ab 2014 weiter gesichert ist. Die Zahl der ArbeitnehmerInnen, die in Grenzregionen am europäischen Arbeitsmarkt tätig sind, steigt stetig. Die unterschiedlichen Bestimmungen und Vorschriften in den Bereichen Beschäftigung, soziale Sicherheit und Besteuerung erfordern eine individuelle Beratung für Grenzgänger. Zudem freuen wir uns im Lichte der steigenden Jugendarbeitslosigkeit in Europa über die Einführung neuer EURES Mobilitätsprogramme. Positiv zu bewerten ist auch, dass in Zukunft neben der Vergabe von Mikrokrediten zur Unternehmensgründung besonders gefährdeter Gruppen und zur Unterstützung schon existierender Kleinstunternehmen auch soziale Unternehmen finanziell gefördert werden. Die Sozialwirtschaft ist einer der großen Wirtschaftsbereiche in Deutschland. Allein in den Betrieben der anerkannten Wohlfahrtspflege arbeiten hauptberuflich rund 1,5 Millionen Menschen.